

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Wertages. Abonnementpreis drei Haus halbmöndlich 1.— Reichsmark, durch die Post bezogen pro Monat 1.96 Reichsmark einschließlich Postgebühren Einzelnummer 15 Reichspennig

Anzeigenpreis für die neungespaltene Millimeterzeile 10 Reichspennig, bei Werbeanzeigen 8 Reichspennig, Reklamen die brei- gespaltene Millimeterzeile 50 Reichspennig. Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46 Fernsprecher: 25 351, 25 352, 25 353.



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 88 Freitag, 15. April 1932 39. Jahrgang

Mit Dank zurück

Groener zeigt Adolf die kalte Schulter

Legalitätseide ziehen nicht mehr

Der Reichsminister des Innern hat Herrn Hitler die ihm kürzlich übermittelten schriftlichen Legalitätserklärungen der nationalsozialistischen Führer und Unterführer am Donnerstag mit der Erklärung zurückgeschickt, daß es nicht auf die Masse der Legalitätserklärungen ankomme. Diese Erklärungen seien wertlos, solange der Geist einer Partei dem Inhalt ihrer Erklärungen nicht entspreche.

Am Mittwoch hat es Groener bereits abgelehnt, den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Goering, der im Auftrage Hitlers wegen der Auflösung der SA. vortreten sollte, zu empfangen.

Klagges pariert!

Berlin, 15. April (Radio)

Hitler sitzt seit Mittwoch im Hotel Kaiserhof in Berlin mit den Naziführern zusammen. Sie beraten, was nun zu tun sei. Hitler persönlich läßt verlauten, daß er den Staatsgerichtshof anrufen wolle. Inzwischen haben sich die Nationalsozialisten in Sachsen den Scherz geleistet, die Reichsregierung des Verfassungsbrechens zu beschuldigen und die sächsische Landesregierung aufzufordern, die Durchführung der Auflösung zu verweigern.

Diese Aufforderung ist von ihnen in Braunschweig an Herrn Klagges nicht gerichtet worden und wird an ihn wahrscheinlich auch nie gerichtet werden; denn Herr Klagges hat dem Reichsminister des Innern erst am Mittwoch in einer persönlichen Besprechung beteuert, daß er nicht nur loyal, sondern auch legal sei und daß er die Auflösung der SA. in Braunschweig durchführen werde. Das ist inzwischen geschehen. Dazu läßt Klagges für die Öffentlichkeit verlautbaren, daß er gar nicht daran gedacht habe, sich irgendwie gegen die Reichsregierung maßig zu machen.

Unterdessen haben die Nationalsozialisten in Hessen die Forderung des Landtages beantragt. In Bremen beantragte sie in der Bürgerchaft, der Senat möge das Reichsbanner führen. Alles in Allem: Viel weniger Widerstand und Lärm der Großmäuligkeit der Nazis vorher zu erwarten war.

Er kann seine Leute nicht mehr halten

Braunschweig, 15. April (Radio)

Über das Verbot der SA. wird gewordenen SA-Leute jetzt zu allerlei Gewalttaten aus. So meldet der amtliche Polizeibericht, daß in der letzten Nacht ein Kaufmann von SA-Mann, der mit sämtlichen Sakreuzabzeichen gekleidet war, unter Vorhaltung eines Revolvers bedroht wurde. Kaufmann wurde eine Aktentasche mit Inhalt geraubt. 100 Nazis zogen vor das Volkshaus-Gebäude, um dort einzugreifen. Sie griffen den Nachtwächter des Volkshauses an und mißhandelten ihn. Bei der sich entwickelnden Unruhe wurde wieder scharf geschossen. Ein SA-Mann schoß in Kameraden, den SA-Mann Anton Berlin an. Berlin, der einen Rückenschuß erhielt, mußte in das Marienstift eingeliefert werden.

Aur in Chemnitz gibts Klamauk

Mit „Schupo verreckt“ gegen die Volksstimme

Chemnitz, 15. April (Radio)

In Chemnitz kam es am Donnerstag im Zusammenhang mit der Auflösung der SA. wiederholt zu Kundgebungen und Zusammenkünften der wutschäumenden SA-Leute. Die Polizei griff in jedem Falle mit dem Gumminüßpel ein. Ein junger Mann wurde durch einen Revolverschuß schwer verletzt. Mehrere Personen wurden leicht verletzt, mehrere zwangsgestellt.

Die Schuld an den Vorgängen trifft die Chemnitzer Naziführer, die alles getan hatten, um die Sakreuzbänder aufzuführen. So wurde in den zeitigen Nachmittagsstunden von den Fenstern des Braunen Hauses, das im Zentrum der Stadt liegt, eine Ansprache gehalten, deren Sinn war, daß die SA sich von niemanden verbieten lasse. Es wurde noch das Horst-Wessel-Lied durch Lautsprecher vom Balkon herab gespielt. Die Wirkung blieb nicht aus. In der Nachmittagsstunde wählte sich eine Kolonne von etwa 200 Mann nach der Volksstimme, die aber von dem herbeie-

rufenen Ueberfallkommando auseinandergetrieben wurde. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. In der 8. Abendstunde kam die Kolonne in einer Stärke von 400 Mann wieder. Unter den Rufen „Brüning verreckt!“ und „Schupo verreckt!“ versuchten sie das Eingangstor zum Parteisekretariatsgebäude zu räumen, um so in das danebenliegende Grundstück der Volksstimme eindringen zu können. Der Angriff wurde von den noch im Betrieb Anwesenden abgeschlagen. Die alarmierte Polizei nahm wiederum Verhaftungen vor. Nach 9 Uhr abends kamen die Wanden zum dritten Male. Sie wagten sich aber nicht an die Volksstimme heran, als sie merkten, daß das Gebäude unterdessen von der Polizei besetzt worden war.

Wahl in Moskau

Liste der Entrechteten / „Nieder mit dem Bourgeois“ / Abstimmung durch Handaufheben / Mit Müit und Feuerwerk

„Wahl-Karneval-Umzug um 7 Uhr abends, Sammelplatz dort und dort“ — steht am Anschlagbrett der Fabrik. Und am Vorabend der Neuwahlen für die Stadt-Sowjets Moskaus wird die Wahlagitation vieler Wochen, die mehrere tausend Betriebs-, Fabriks- und Bezirksversammlungen ausgefüllt hat, gekrönt durch einen Karnevals-Umzug: nach Arbeitsschlus ziehen Arbeiter und Angestellte zu Tausenden und Sehtausenden, fabriktweise geordnet, mit Orchestern, Fahnen, Fackeln, Plakaten, roten Stoffbändern mit Wahlslogos. („Für die Industrialisierung“, „Nieder mit dem Großbauern“, „Für die Hebung des Erntetrages“, „Nieder mit dem Bourgeois“, „Alle Macht den Arbeitern“ usw.) durch die Hauptstraßen Moskaus, zum prächtig illuminierten Sitz des Stadt-Sowjets. Bunte, lebensgroße Figuren werden im Zuge mitgeführt: Spottfiguren des Bürgers, des Popen, des Großbauern. Soldatengruppen marschieren zwischen den Arbeitern, Komsofollen-Abteilungen erscheinen hoch zu Ross, Lastautos mit Pionierkindern sind dazwischen — alles zucht, marschiert, singt, ruft zwischen den leuchtenden Fackeln. Hier und da stoßt der Zug: von einem Ballon grüßt irgendein Sowjetwirdenträger die Arbeitermasse und fordert sie auf, durch die Wahl ihren Willen zur Macht auszuüben. Oder es kündigt an einer Ecke ein dröhnender Lautsprecher: „Grüße von der Arbeiterschaft Kasans: bei uns war 95 Prozent Wahlbeteiligung; macht's ebenso!“ — „Grüße der Arbeiter von Charkow“ ... „von Leningrad“ ... usw.

So beginnt die Wahlzeit in Moskau, die ziemlich lange dauert, da fabriktweise an verschiedenen Tagen gewählt wird. Nach den Klassen-Wahlgesetzen des Sowjetstaates sind nur Proletarier, Arbeiter und Angestellte wahlberechtigt. Und nicht einmal alle Arbeiter und Angestellte! Wochenlang haben Wahlkommissionen in Häusern, Fabriken und Firmen gebrüht und geklopft: wer „bürgerlichen“ Berufes ist, wurde auf die Liste der „Entrechteten“ gestellt, und auch wer jemals „bürgerliches Element“

3 1/2 Jahr Gefängnis für Nazi-Mörder

Köln, 14. April (Eig. Bericht)

Die 3. Große Strafkammer in Köln verurteilte in der Berufungsinstanz den 19jährigen Nazi-Jüngling Hans Hoffmann zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Hoffmann hatte am 17. Dezember 1930 in Köln bei einem Zusammenstoß einen Jungkommunisten von hinten erschossen. In der ersten Instanz war Hoffmann zu 18 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

„Auf Befehl von Frankreich“ Hitlers neue Lüge

Berlin, 14. April

Amlich wird mitgeteilt: Herr Hitler hat Berliner ausländischen Korrespondenten gegenüber behauptet, daß die Auflösung der SA. durch den Reichskanzler unter dem Druck des französischen Ministerpräsidenten erfolgt sei. Diese Behauptung ist vollkommen erfunden und verfolgt lediglich den Zweck, die Reichsregierung zu verdächtigen und ihr Ansehen im In- und Ausland herabzusetzen.

Was die Franzosen dazu sagen

Paris, 15. April

Die Agentur Havas, das Sprachrohr der französischen Regierung, gibt in einer Berliner Meldung Erklärungen wieder, die Hitler gestern vor Vertretern der englischen Presse über die Auflösung seiner Sturmabteilungen abgegeben hat und hebt die Stelle hervor, in der Hitler behauptet, daß die Auflösung auf Ersuchen Frankreichs erfolgt sei, und daß im Juli v. J. der Reichskanzler bei seinem Besuch in Paris der französischen Regierung ein solches Versprechen gegeben habe.

Der Berliner Korrespondent der Agentur Havas bemerkt zu diesen Behauptungen: Nicht nur nicht hat die Reichsregierung im Juli irgend ein Versprechen dieser Art der französischen Regierung gegeben, sondern sie hat sogar eindeutig erklärt, daß sie irgend eine derartige Verpflichtung nicht übernehmen könne. Wir glauben versichern zu können, daß weder im Juli noch später zwischen Frankreich und Deutschland irgend eine Aussprache über die innenpolitische Lage Deutschlands stattgefunden hat, die im geringsten eine Geschichte rechtfertigen könne, die zum Zweck einer nur zu offensichtlichen innenpolitischen nationalsozialistischen Propaganda erfunden ist.

früher gewesen ist! Überall sieht man jetzt in den Geschäften und Büros Listen hängen: „Das Wahlrecht ist entzogen: 1. R. J. Michalow — ehemaliger Kaufmann ...“ und dann geht es weiter: ehemals Landeigentümer, ehemals Hausbesitzer, Eisler, Schlosser, Fuhrmann — kurzum, auch wer, längst verarmt und proletariert, heute als Angestellter arbeitet und schon — weil man noch nie so scharf sieht hat wie diesmal — soundso oft gewählt hat, der ist jetzt entrechtet worden, wenn er jemals vor der Revolution „selbständig“ war oder Angestellter, Lehrling, Gehilfe oder sonstige Hilfskräfte hatte. Oft wird die „Entziehung“ sogar ausgesprochen, weil der Vater Hauseigentümer oder Fuhrherr gewesen ist!

Die so „ermählte“ Masse der Wähler macht dann in den Fabriken eine Fülle von Wahlversammlungen durch, wo Parteileute und sonstige „zuverlässige Proletarier“ über Erfolge und Ergebnisse der bisherigen Sowjetarbeit berichten, wo auch — ein unschätzbliches Ventil aller Mißstände — der Arbeiter selbst in der Diskussion auf Mängel hinweisen und Beschwerden vorbringen kann. Nach bewährtem Rezept geben die von der Parteizellen gestellten Versammlungsleiter alle Mißstände vor — und empfehlen dann, gerade wegen der bisherigen Mißstände eben gute und tüchtige Vertreter in die Sowjets zu wählen. Die Wahl selbst erfolgt nach Vorlesung einer Kandidatenliste (die das Wahlkomitee unter beherrschendem Einfluß der Parteizelle aufgestellt hat) gleichfalls in offener Versammlung durch einfaches Handaufheben. Die Annahme der Listen erfolgt „einmütig“ oder „mit Mehrheit“ (die die Versammlungsleitung ohne Auszählen nachprüfen kann) — gewöhnlich übrigens wirklich einstimmig. Und dann wer wird Schütanen und Entlassung riskieren, die unüberwindlich wären. Ein er zwischen allen Arbeitskameraden und unter den Augen der Parteizellen-Mitglieder im kleinen Saal stehend durch die Reihen der Hand aufheben für andere, ausfichtlose Kandidaten demonstrierend?

Die Wahlen im Sowjet-Moskau haben mit „Wahlen“ im demokratischen Sinne nichts gemein außer den Namen. Sie sind eine Schein-Wahl in der Form der vorgeschriebenen Wahlverfahren, sie werden mit gutem Recht von Fackelzügen und Musikorchester begleitet (in größeren Fabriken pflegt sogar zur Wahlversammlung ein Orchester zu erscheinen und die obligate „einmütige“ Annahme der Kandidatenliste mit einem Lärm zu begleiten); der große Arbeiterumzug zu Beginn verdient seinen Namen „Wahl-Karneval“! Wollt ihr euch nicht freuen, daß ihr es einmal zu den Sowjets wählen dürft? — Ihr müßt euch Mühe geben! Müht! Müht! Fackeln! Illumination! Feuerwerk! Gestrichel!

Wilm Stein

Handeln oder laufen lassen?

Das Echo des Krisenkongresses

Die ganz ungewöhnlich interessanten Verhandlungen des außerordentlichen Kongresses des ADGB, die wir heute in der Beilage wiedergeben, haben in der ernst zu nehmenden bürgerlichen Presse durchaus die gebührende Beachtung gefunden. Zu dieser ernst zu nehmenden Presse gehören allerdings nicht die Rästelblätter aus der Lübecker Königstraße, die für Arbeitsfragen weder Interesse noch Verständnis haben.

Eines hat der außerordentliche Kongress der freien Gewerkschaften, der am Mittwoch in Berlin stattfand, bestimmt erreicht: eine Alarmierung der Geister. Schon der starke Andrang der Presse zum Kongress war ein Zeichen dafür, daß die Arbeitsbeschaffung der Gewerkschaften wie ein Alarmruf gewirkt hat, und das Echo des Kongresses zeigt erst recht, daß in der Öffentlichkeit nun wenigstens doch so etwas wie ein Aufwachen der Schläfer festzustellen ist. Das die Arbeitgeberpresse mit den freigewerkschaftlichen Krisenrezepten nicht einverstanden ist, versteht sich von selbst. Auch sonst begegnen die Forderungen des Kongresses in der Öffentlichkeit, wie aus den Pressestimmen hervorgeht, noch immer starken Bedenken und Zweifeln. Trotz alledem läßt sich jedoch an manchen Stellen deutlich beobachten, daß der Ruf der Gewerkschaften nach Arbeit nicht mehr mit der fatalistischen Gelassenheit hingegenommen wird, wie das bisher leider der Fall war. Auch bei der Regierung ist der Vorstoß der Gewerkschaften in der Arbeitsbeschaffungsfrage nicht ohne Eindruck geblieben. Sie wird, wie wir hören, in Kürze von neuem zu der Arbeitsbeschaffung Stellung nehmen.

Die ernst zu nehmende Kritik der Arbeitgeberpresse, wie sie zum Beispiel in der Kölnischen Zeitung zum Ausdruck kommt, betont, die Vorzüge des ADGB. stünden und fielen mit der Ehe, daß im Frühjahr 1933 der wirtschaftliche Wiederaufstieg beginne und daß dann die für ein Jahr berechnete Arbeitsbeschaffung entbehrt werden könne. Es sei aber ein gefährliches Unterfangen, in eine völlig ungelöste Wirtschaftslage hinein die Wirtschaftsankurbelung vorzunehmen. In dieser Beurteilung könne auch die Frage der Gewerkschaften nichts ändern; was denn geschehe, wenn auf die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zunächst verzichtet werde. Stegerwald habe ja gesagt, daß es besser sei, wenn nichts geschehe, als daß durch Kopplojes Handeln eine Inflationsschuld heraufbeschworen werde. In der Frage der Arbeitszeit habe der Reichsarbeitsminister den Gewerkschaften Entgegenkommen in Aussicht gestellt. Gewiß werde in vielen Fällen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit möglich und sogar notwendig sein. Sie werde aber ohne Geis oder Verordnung und sogar ohne jedes Zutun der Behörden vor sich gehen. Wo aber die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit wirtschaftlichen Vorteilen bringe, sei es unverantwortlich, sie einem schematischen Grundgesetz zuliebe zu verkürzen.

Das Kölner Unternehmertum ist also mit der bisherigen Zurückhaltung der Regierung in der Arbeitsbeschaffung durchaus zufrieden. Nur die Arbeitszeitfrage macht ihnen Sorge, weil die Regierung, wie der Reichsarbeitsminister auf dem Kongress erklärt hat, ihre bisher schwächende Haltung in der Frage der Arbeitszeit im Laufe dieses Jahres nicht beibehalten könne. Nebenbei und neuen Bedenken begegnen die Forderungen

des Kongresses in der Presse auch über den Kreis der Arbeitgeberorgane hinaus. So sieht die „Frankfurter Zeitung“ in der Arbeitsbeschaffung, wie sie die Gewerkschaften fordern, eine isolierte Konjunkturbewegung mit bedenklichen Folgen für die deutsche Devisen- und Zahlungsbilanz. Kein Land, und am allerwenigsten Deutschland, so betont das Frankfurter Organ, könne sich aus dem internationalen Zusammenhang lösen, ohne daraus die letzten Konsequenzen zu ziehen. Im übrigen sei die bisherige Wirtschaftspolitik der Regierung Voraussetzung für eine bestimmte Außenpolitik gewesen. Die Unfähigkeit Deutschlands, Reparationen zu zahlen, liege jetzt klar zutage. Diese Klarheit würde getrübt in dem Augenblick, wo die Verschlechterung der Devisenbilanz mit Kreditexperimenten begründet werden könnte. Der Versuch, durch eine Erleichterung der wirtschaftlichen Situation eine Besserung der innerpolitischen Lage herbeizuführen und so die außenpolitischen Entscheidungen zu erleichtern, sei ein Umweg, der nie zum Ziele führe. Die Entscheidungen müßten in diesem Sommer fallen und sie könnten nur dann in einem für Deutschland günstigen Sinn erfolgen, wenn man sich auf dem klaren Wege halte, den bisher Regierung und Reichsbank gegangen seien. Das Schlimme aber natürlich nicht aus, daß man mit den Mitteln der Kredithilfe bis an die erträgliche Grenze gehe und jede Entlastung der Reichsbank in eine Entlastung der Gesamtwirtschaft umsetze. Das sei auch bisher geschehen.

Das ist eben die Frage, ob wirklich bisher im Rahmen des Möglichen alles geschehen ist, was zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu tun möglich war. Die Gewerkschaften sind der Auffassung, daß mehr getan werden kann. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, dürfte auch in nächster Zeit etwas mehr getan werden. womit dann vielleicht doch bewiesen wäre, daß mehr getan werden konnte. So simpel das Wort: wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, klingen mag, es hat seinen Sinn. Wenn man will, kann man sogar in der schwierigen Frage der Arbeitsbeschaffung trotz aller Bedenken, die immer wieder den Gewerkschaften gegenüber angeführt werden, die aber auch diesen Gewerkschaften nicht unbekannt sind, etwas erreichen. Wenn man will, getraut man sich vielleicht sogar, auch etwas zu riskieren, ohne dabei gleich Kopf und Kragen zu riskieren. Die Angst, das Arbeitsbeschaffungsjahr der Gewerkschaften könnte vorübergehen und der Wiederaufstieg doch nicht eintreten, mutet etwas komisch an. So ganz zweifellos erscheint uns auch nicht die Bekämpfung der innerpolitischen Unruhe durch Vermehrung der Arbeit. Man hofft, daß das Ausland die Stimme des Gewerkschaftskongresses beherzigt und Deutschland gegenüber zur rechten Zeit Vernunft und Entgegenkommen zeigt. Auch wir erwarten das vom Ausland. Aber das Vertrauen von außen wird sich um so schneller zeigen, je mehr bei uns im Innern Vertrauen zum Staat wiederkehrt. Je mehr und je schneller Festigung im Innern sich durchsetzt und dazu braucht man Arbeit und Brot, desto eher und desto mehr Vertrauen von außen!

Die Gewerkschaften machen keine Wirtschaftspolitik im luftleeren Raum. Aber sie bestehen jetzt unerbitlich darauf, daß die Regierung sich daran erinnert, daß es neben anderen Leuten in Deutschland auch noch Arbeiter gibt. Gewiß ist kopfloses Handeln schlimmer als garnichts tun. Ebenso richtig ist aber das Wort: Wer nicht wagt, gewinnt nicht.

Vorstoß der Berliner Sozialdemokratie

Vorläufige Kündigungen müssen zurückgenommen werden
Berlin, 15. April (Radio)
Der Berliner Stadtdemokratenvorstand nahm am Donnerstagabend einen sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag an, nach dem die Kündigung sämtlicher Lohn- und Mantelkassette sowie der Arbeitszeitabkommen für die Arbeiter und Angestellten der Berliner Gemeindebetriebe, Verwaltungen sowie der städtischen Gesellschaften zurückgenommen werden sollen. Die Kündigungen sind auf Veranlassung des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände getroffen worden.

Stimme der Vernunft aus U. S. A.

Washington, 14. April (Eig. Bericht)
Der Führer der Demokraten und ehemalige Präsidentschaftskandidat Gouverneur Smith forderte auf dem Jefferson-Gedenktag in einer Rede, daß die Vereinigten Staaten die Kriegsschulden „auf zwanzig Jahre vergessen“ und gleichzeitig ein Viertel der jährlichen Einnahmen der ausländischen Schuldnermächte auf das entsprechende Schuldkonto zuschreiben. Der Redner unterstrich die Zahlungsunfähigkeit der Schuldnerstaaten und die Notwendigkeit rascher Handlung.

Kapitaldieber verhaftet

Düsseldorf, 15. April
Die Verhaftung eines Kapitaldiebers in Düsseldorf ist erheblichen Aufregungen auf die Spur gekommen. Hochwertige Wertpapiere im Wert von mehreren Millionen Reichsmark sind in letzter Zeit aus dem Ausland nach Deutschland gelangt und an kleinen Bankfilialen im Rheinland und Westfalen versteigert worden, so daß der Erlös, dessen Höhe noch nicht feststeht, auf unbestimmte Weise ins Ausland gelangt ist. Ein sogenannter Bankkassierer aus einer kleinen Stadt wurde verhaftet. In Verhören wurde festgestellt, daß Ermittlungen darüber sich über das ganze Reich bis nach Berlin erstreckten.

Stalins

Breslau, 15. April (Radio)
Die einseitige Politik des sowjetischen Regimes ist in der Deutschen Presse eine Ursache der Unzufriedenheit geworden. In der sowjetischen Presse wird die Politik des sowjetischen Regimes als eine große Gefahr für die Welt bezeichnet.

funden, an deren Verstoß eine ins Freie gehende Schnur befestigt war. Wahrscheinlich hatte man geplant, den Inhalt der Flasche durch Abreißen des Verschlusses zum Ausfließen zu bringen. Bei näherer Durchsichtung wurde außerdem innerhalb der Halle auf dem Sims der Kuppel eine zusammengeschlossene Dakenkreuzfahne und ein Paket mit nationalsozialistischen Flugblättern entdeckt. Fahne und Flugblattpaket waren ebenfalls mit nach draußen führenden Leitungen versehen, die zum Ziehen eingerichtet waren, mit denen sie während der Versammlung wahrscheinlich zum Herabfallen gebracht werden sollten.

Gegen die Nazispitzel unter den Beamten

Baden macht ernst

Karlsruhe, 14. April (Eig. Bericht)
Der badische Staatspräsident gab in der Donnerstag-Sitzung des badischen Landtags zur Auflösung der Privatarmee Hitlers eine Erklärung ab, in der er in Übereinstimmung mit der Regierungspartei feststellte, daß in letzter Zeit eine ganze Reihe von Beamten ihre beschworene Treupflicht gegen den Staat gröblich verletzt habe und daß gegen diese Beamten eingeschritten werde. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbahnbeamten werde sich die badische Staatsregierung mit dem Ersuchen um entsprechende Maßnahmen an die Reichsregierung wenden. Die Erklärung des badischen Staatspräsidenten hat folgenden Wortlaut:
„Namens der Staatsregierung erkläre ich: Der Herr Reichspräsident hat die Sturmabteilungen und Schutzstaffeln der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit allen ihren Einrichtungen aufgelöst. Die badische Regierung begrüßt es, daß ihr seit Monaten wiederholt und nachdrücklich in Berlin vorgebrachter Wunsch endlich erfüllt ist. Es geht nicht an, daß im Staat noch ein anderer Staat besteht. Die öffentliche Gewalt darf nur in der Hand der verfassungsmäßigen Regierung liegen. Es ist unerträglich, daß eine politische Partei eine militärisch organisierte Privatarmee besitzt, mit der sie ihre Unzufriedenheiten durchzuführen versuchen kann. Der Staat hat das Recht, hier sogar die Pflicht zur Notwehr. Untätig zusehen hier für den Staat, sich selbst aufgeben. Die Geduld der Regierung währte lange, vielleicht zu lange.
Das Gebot der Selbsterhaltung legt aber dem Staat mit zwingender Notwendigkeit noch eine andere Aufgabe auf. Zahlreiche Beamte haben in der letzten Zeit ihre beschworene Treupflicht gegen den Staat gröblich verletzt. Die Regierung darf und kann hier nicht mehr lange zusehen, wenn nicht das Vertrauen des Volkes zum Staat erschüttert werden

Die SPD. nach der Katastrophe

Den letzten Rest Verstand verloren

Seit 3 Wochen beschimpft uns das Hamburger Kommunistenblatt, weil die SPD-Fraktion in Hamburg und Lübeck aus sehr naheliegenden Gründen ein Embargo nur für diese beiden Städte für unklug hielten. Warum werden SS. und SA nicht verboten? — so donnert es Tag für Tag in Ballenüberschriften. Und die Antwort war natürlich: Weil die Sozialdemokraten mit der Nazis durch die und dünn gehen und nur eine Scheinfront nach außen führen. Noch am Mittwochabend so das SPD-Blatt über die „sozialdemokratischen Betrüger der Nord-SA“ her und erklärte, die Nazis könnten lachen, sie hätten wirklich keinen Grund, mit SPD Schönfeld unzufrieden zu sein. Doch, o Wunder — auf der einen Seite war in Fettdruck und mit biden Schlagzeilen die Anklage gegen die SPD. erhoben, auf der anderen etwas tiefer in der gleichen Fettschrift über zwei Spalten ist zu lesen „SA. Verbot um Nazis regierungsfähig zu machen.“ Da staunt der Fachmann und der Laie wunderlich.

Am Donnerstagabend aber fällt das kommunistische Blatt ganz aus der Rolle. Zur nicht geringen Überraschung seiner Leser erklärt es das nicht nur für Hamburg, sondern für das ganze Reich wirksam gewordene Verbot der SA. als „ein Wahnhilf für Hitler“, als „das größte und gefährlichste Manöver, das seit langem gegen das revolutionäre Proletariat durchgeführt worden“ sei. Welch eine Wendung durch Thälmanns Fügung! Bei dieser Führung ist es in der Tat kein Wunder, wenn die kommunistischen Mitläufer zu Hitler desertieren. Derrückter kann Adolf auch nicht!

Brüning auf der Fahrt nach Genf

Berlin, 15. April (Radio)
Der Reichskanzler ist am Donnerstagabend nach Genf abgereist. Vorher fanden eingehende Beratungen des Reichskabinetts über den Haushaltsplan des Jahres 1932 und das beabsichtigte neue Wirtschaftsprogramm statt. Im Mittelpunkt aller dieser Beratungen steht nach wie vor die Frage, wie man die erforderlichen Geldmittel aufbringen kann, um durch die Vergabung öffentlicher Aufträge und durch eine stärkere Inangriffnahme der Privatwirtschaft im Jahre 1932 über den Tiefpunkt der wirtschaftlichen Depression hinwegzukommen.

Arbeitskämpfe in USA.

New York, 15. April (Radio)
In den Kohlenrevieren von Ohio kam es am Donnerstag wiederum zu Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei. Ein Arbeiter wurde getötet, Dutzende wurden schwer verwundet. Angesichts der sich von Tag zu Tag zuspitzenden Lage entschloß sich die Regierung, eine Konferenz der Grubenunternehmer und Grubenarbeiter zur Klärung der Situation einzuberufen.

Außenverträge verlängert

Berlin, 15. April (Radio)
Der Reichsrat stimmte am Donnerstagabend gegen die Stimmen von Bayern und Württemberg der Verlängerung des Neutralitätsvertrages und des Schlichtungsvertrages mit der Sowjet-Union zu.
Der Reichsrat gab ferner der Ausprägung von weiteren 100 Millionen Mark in 5-Markstücken seine Zustimmung. Bei dieser Gelegenheit wurde der Wunsch geäußert, die 5-Markstücke etwas kleiner zu prägen, da sie in ihrer jetzigen Größe und Schwere zu einer förmlichen Landplage geworden seien.

Einleender Außenhandel

Einfuhr geht rapide zurück — Ausfuhr langsamer
WGB. Berlin, 15. April
Die Handelsbilanz schließt im März mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 152 (Februar 86) Millionen Reichsmark ab. Einschließlich der Reparations- und Sachlieferungen befreit sich der Ausfuhrüberschuß auf 163 (97 Millionen Reichsmark). Die Einfuhr ist um 77 Millionen Reichsmark auf 364 Millionen gesunken. Die Ausfuhr betrug im März 516 Millionen. Die Abnahme der Gesamtausfuhr gegenüber Februar befreit sich auf 10,7 Millionen Reichsmark.

soll. Die Regierung mahnt deshalb alle Beamte, den Legationsbetreuerungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei keinen Glauben zu schenken.

Die Regierung hat das Vertrauen zu ihren Beamten, nachdem der Herr Reichspräsident so deutlich gesprochen hat, zu ihrer Pflicht zurückkehren. Gegen diejenigen, welche trotz dieser Ermahnungen sich im Sinne der kommunistischen Partei oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betätigen, wird die badische Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

1. den außerplanmäßigen Beamten, Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen des Gesetzes kündigen;
2. gegenüber den widerruflich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung gemäß § 4 des Beamtengesetzes den Widerruf der Anstellung ansprechen und das Dienstverhältnis kündigen;
3. für die unwiderruflich planmäßigen Beamten gilt folgendes: a) sie haben diejenigen Folgen zu tragen, welche sich wegen Verletzung der Treupflicht gegen den Staat auf Grund von Disziplinarverfahren nach Maßgabe der bestehenden oder künftigen Gesetze ergeben; b) die sogenannten politischen Beamten im Sinne des § 27 des Beamtengesetzes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen; c) Bei dem Abban sind die betreffenden Beamten vorzugsweise in Aussicht zu nehmen.

Die Staatsregierung erwartet, daß die Gemeinden abverfahren. Wegen der Reichsbeamten und der Reichsbank wird sich die badische Regierung an die Regierung wenden. Diese Maßnahmen sind notwendig, um die Säulen des Staates, nämlich die Beamtenschaft und damit den Staat vor dem Niedergang zu bewahren.

VOLKSTÄMMLICHES TAGEFRÜHSTÜCK

Warum Volkstage?

WEIL wir durch volkstümlich niedrige Preise für volkstümlich hohe Qualitäten die Volkstümlichkeit unseres Hauses ausbauen wollen.
 WEIL wir durch allergrösste Kraftentfaltung Ihre Wirtschaftshilfe in dieser Zeit sein wollen.
 WEIL wir Volkstümlichkeit durch Leistungen erlangten und weiterhin erlangen wollen.

KARSTADT

Heute
VORBEREITUNG
kommen Sie rechtzeitig!

Sern-
festes Rindfleisch 45
 Fr. Had 60, Gula 70, Rindfleisch 80, Bee. Heat 90, Kamelet 40, Brau. 80, Pr. ig. Kalbfleisch 40, Braien 50, Pr. Schweinefleisch 60, Flomen 60, Sandrauchtginten 1. — Rauchflüde 75, Gmala 60, Boinliche 60, H. Gefachte 60, Rgaw. 70, Kohlw., Gllae, Blutwurf 60,
O. Stöver, Bahnhofsstr. 22
 Telefon 23783

Sommer-Sprossen

werden unter Garantie durch Stärke B besetzt
VENUS tigt. M. 1.60, 2.75, Stärke A.
 Segen **Nickel, Mifessie**

Drogerie Mohn, Schwarztauer Al. 32; Drogerie Fräsch Mühlenstr. 29; Drogerie Vogt, Königstr. Ecke Huxstr

Empfehle
 da. Schweinefleisch 55 u. 60
 Rindfleisch . . . 55 - 75
Gutsschlachtere, Huxstr. 34
 Telefon 24465

Empfehle:
 Rippen . . . 45, 40 u. 30
 Kleinfleisch 20
 Fleischknochen . . . 25
 Leberwurst, Blutwurst, Süze 50
 Schweinefleisch, Kalbfleisch
 Ochsenfleisch z. Tagespreis
Hugo Stoldt
 eine Fleisch- und Wurstwaren
 Holstenstraße 19

Montag, d. 18. April 1932, abends 8 Uhr
im Kolosseum
Volkstümliches Konzert
 des
Lübecker Berufs-Orchesters
 Leitung: Kapellmeister Georg Winkler
 Solisten: Hedwig Hertel, Köln (Gesang)
 Georg Winkler, Lübeck (Klavier)
 Kapellm. Herbert Winkler, Lübeck
 Konzertflügel C. Bechstein-Berlin,
 Alleinvertretung: Ernst Robert, Lübeck
 Breite Straße.
 Karten zu Rmk. — 60 einschl. Garderobe bei Ernst Robert, Breite Str. 29

Zentral-Hallen Morgen Sonnabend
Tanz
 Eintritt frei.
 Bei Rentnerin von 65 Jahr zw. gemeinl. Führer des Haushalts Ang. u. R. 799 a. d. Exp.



Morgen Sonnabend.
Gr. verkehr. Ba
 Jed. Sonntag Tanz
 Eintritt frei
 Jed. Sonnabend Stat.



Stadttheater
 Freitag, 20 Uhr
Don Juan, Oper
 Ende 23.10 Uhr
 Sonnabend, 20 Uhr:
Egmont
 Trauerspiel
 Sonntag, 16 Uhr:
Emil u. die Detektiv
 Theaterstück für Kinder. — Breite 0.50 bis 1.50 RM.
 Sonntag, 20 Uhr:
Adrienne
 Operette
 Montag, 20 Uhr:
Emont

Wachbereitschaft
Lübecker Wacht Dr. Kurt Kleinfeldt
 Schlüsselbuden 18 Ruf: 24225
 Einrein deutsches, lübsches Unternehmen, welches allein in ganz Lübeck, im Zentrum wie in den Vorstädten Bewachungen aller Art nach modernsten Erfahrungen ausführt und nicht mit Lübecker Wach- und Schließgesellschaft, Engel & Co., Mengstraße, identisch ist.
 Außerdem warne ich insbesondere vor einem wahren, seiner Tätigkeit und seinem Unternehmen, Person jegliche Bewachung polizeilich untersagt ist.

Ihr Garten hilft sparen!
 Aber bestes Saatgut müssen Sie verwenden, dann haben Sie im Sommer auch volle Erträge. Samen Sie Michael hat — es gibt nichts Besseres.
Friedrich Michael
 Samenhandlung
 Mengstraße 4

Lager-Kleinverkauf
 Keine „Einheitspreise“
 aber billiger
Piehl & Fehling
 Schellerei- & Spezialeisenhandlung G. m. b. H.
 Abteilung:
 Glas-, Porzellan-, Stein- & Gerüsthandel
 Lübeck, Marktstr. 5 am der Marktstr.

Mieterschutzverein
 Landesverband Lübeck e. V., Mühlenstr. 29pt.
 Organisation der Mieter, erteilt Auskunft u. Rat in Wohnungssang, tagl. 5-7 Uhr nachm., außer Mittwoch. Werdet Mitglied

Alles zum Hausputz!

Grüne Seife	nur Pfd.	0.16
Soda	nur Pfd.	0.05
Scheuerbürsten mit Stiel	nur	0.25 0.18 0.15
Scheuerbürsten o. Stiel	nur	0.30 0.25 0.20
Seifenflocken lose	nur Pfd.	0.55
Panamaspäne	nur Pfd.	0.50
Kernseifen Doppelriegel	nur	0.20 0.13 0.08
Feudel		0.30 0.25 0.20
Kokosbesen		0.75 0.50 0.35
Bohrerfeudel		0.36 0.30 0.20
Bohrerwachs lose	Pfd.	0.70 0.58 0.48
Bohrerwachs	1-Pfd.-Dose	0.70 0.50 0.45
Farbbohrerwachs lose, hell u. dunk.	Pfd.	0.75
Farbbohrerwachs in Dosen		0.50
Fensterleder		1.25 1.00 0.75 0.50
Stahlspäne fein, mittel, grob		nur 0.30
Sei-Ha Sauerst.-Waschp.	1/2- & Pak.	nur 0.25
Salm.-Terp.-Seifenpulv.	1- & Pak.	nur 0.15

Seitenhaus Hansa
 Königstr. 47 - Mühlenstr. 21 - Holstenstr. 21

Verschiedene
 Wäsche zu waschen
 gef. Ang. u. R. 800 Exp

Dauerwäsche
 bestes deutsches Fabrikat

Mey's Stoffwäsche
 keine Wasch- u. Plättkosten, elegant gleich Leinenwäsche.

Hauptverkaufsstelle
Aug. Janensch
 Sandstraße 6.



im Zentrum wie in den Vorstädten Bewachungen aller Art nach modernsten Erfahrungen ausführt und nicht mit Lübecker Wach- und Schließgesellschaft, Engel & Co., Mengstraße, identisch ist.

Braun und Stegerwald auf dem Krisenkongress

Das Maß ist voll

Scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung

Am Anschluß an das programmatische Referat Eggerts sprach zunächst

Reichsarbeitsminister Stegerwald

Der Minister bemerkte einleitend, daß das Fernbleiben des Ranzlers keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammenhänge und beruft sich dann auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress: Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, daß wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die außen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover-Freijahres abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Besinnung im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Präsidentschaftswahl von größter Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man damit erst für das Jahr 1933. (Anruhe.)

Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses kann ich nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2 1/2 Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeeinträchtigt bleiben.

Warum haben sich so viele Großunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweites Mal ihre Schulden los zu werden hoffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne die Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorspiel gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankensanierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiviertel Millionen Renteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung großer Arbeitermassen abhing. Die von Eggert aufgezählten Arbeitsgelegenheiten erkennt der Minister an. Er betont, daß die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation „aufgebracht“ werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Übel. (Zwischenruhe.) Aber natürlich bleibt Nichtstun außer Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, daß das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, daß er keine Möglichkeiten sehe, im Laufe des nächsten Jahrzehnts die deutsche Rentenversicherung weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bewirtschaftung sie sich einen Naturalzuschuß zur Rente beschaffen können. (Widerspruch.) Die Reichsregierung habe bereits sichere Finanzierungspläne für eine verlässliche Siedlung, besonders für eine Verstärkung der idyllischen Vorräumfiedlung, ebenso auch für den Straßenbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, daß die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle, und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. In eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde über im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht.

Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Ungleichungen notwendig. (Festiger Widerspruch der Delegierten.)

Diese Ungleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloß seine Rede mit der Versicherung, daß für die Arbeitslosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.

Otto Braun für radikale Verkürzung der Arbeitszeit

Als Gast erhielt sodann der preussische Ministerpräsident Otto Braun, von der Versammlung lebhaft begrüßt, das Wort. Er führte aus:

Die preussische Staatsregierung hat mit steigender Besorgnis die Entwicklung des Wirtschaftslebens verfolgt und in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und nach Maßgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. An der Subventionierung von Privatunternehmen ist vielfach auch der preussische Staat beteiligt. Ich habe in jedem solchen Falle erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht. Wenn wir es doch getan haben, so nicht zuletzt deshalb, um die Arbeitslosigkeit nicht noch anwachsen zu lassen. Es sind ja auch vielfach die Vorständen der Betriebsräte gewesen, die bei uns darauf drängen,

durch eine Subvention die Aufrechterhaltung des Betriebes zu ermöglichen.

Was wir unter allen Umständen erhalten müssen, ist einen gesunden Binnenmarkt.

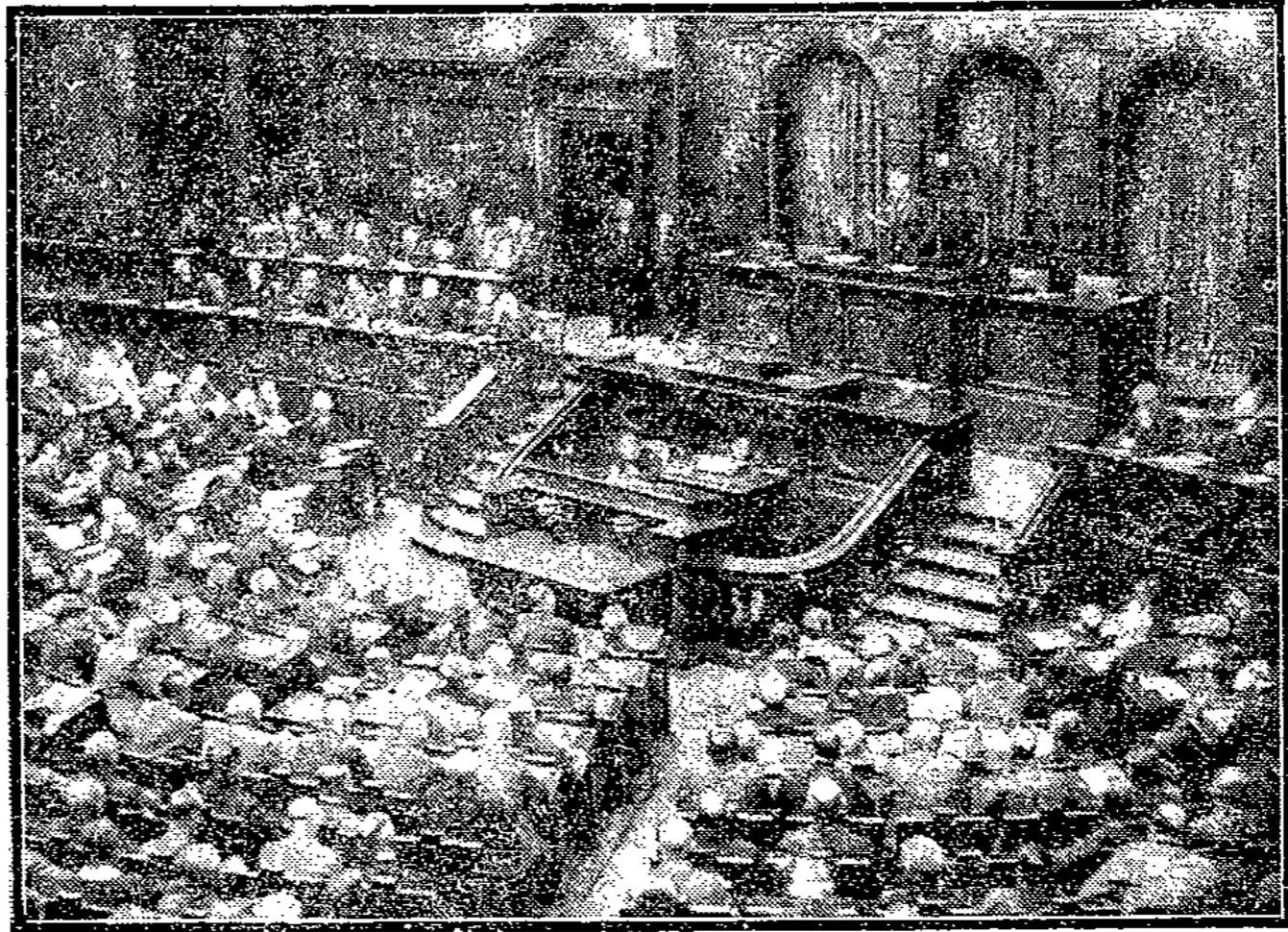
Bei dem Umfang der Arbeitslosigkeit ist ihr allein auf privatkapitalistischem Wege nicht beizukommen. Bei der Größe der Not muß mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. Aber wir sehen doch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Die Wirtschaftskrise setzt nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung herab, sondern auch ihre Steuerkraft; sie trifft also unmittelbar die Staatsfinanzen. In dem Maße, wie sich die Wirtschaftskrise verschärft, gehen auch die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, aus denen doch öffentliche Arbeiten bestritten werden sollen. Der Staat könnte, wenn die Wirtschaft gesund wäre, tausendmal mehr leisten, ja, er würde garnicht in Anspruch genommen werden. Aber weil es so schlecht geht, wird viel von ihm gefordert,

Leberzungen ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit — da gehe ich noch weit über ihre vierzigstündentwoche hinaus. (Starker Beifall.) Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, dem Menschen die Lust an der Arbeit wieder zu geben und damit aus einer Situation zu entfliehen, in die uns der unheilige Krieg mit seinen Folgen gebracht hat. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Schumann spricht im Namen des Kongresses Otto Braun herzlichen Dank für seine Worte aus. (Neuer lebhafter Beifall.)

Die Aussprache

Bernhard, der Vorsitzende des Baugewerksbundes, eröffnet die lebhafte Debatte. Er gab ein erschütterndes Bild von dem zusammengebrochenen Baumarkt: 90 Prozent der organisierten Bauarbeiter sind arbeitslos. Für Arbeitsbeschaffung



Das Parlament der Arbeit im Reichstag

Leipart bei der Begrüßungsansprache

und gerade deshalb ist er weniger imstande, diese Forderungen zu befriedigen.

Trotz alledem muß aber etwas geschehen.

Vor allem dürfen die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit nicht länger die jungen Leute gefährden. Die öffentliche Verwaltung muß alles tun und unter Umständen auch etwas riskieren, um die Mittel zu wirtschaftlich notwendiger Arbeit der brachliegenden Arbeitskräfte im öffentlichen Interesse aufzubringen.

Zur Ankurbelung der Privatwirtschaft ist vor allem internationale Kreditwirtschaft notwendig. Es handelt sich nicht nur um das Reparationsproblem. Für mich ist dieses gelöst dadurch, daß Deutschland absolut nicht zahlen kann. (Beifall.) Was haben auch alle diejenigen, die als zahlungsflüchtige Verständigungspolitiker verschrien wurden, immer gesagt: es kommt der Zeitpunkt, wo auch der Blindste sieht, daß nicht gezahlt werden kann. Aber die Privatkredite sind viel wichtiger. Eine fruchtbare internationale Kreditgestaltung kann nur zustandekommen, wenn einmal diejenigen, die über das Geld verfügen, das uns fehlt, zur deutschen Wirtschaft und Politik das Vertrauen haben, daß alles ordnungsmäßig geht und sie ihre Zinsen bekommen. So lange aber bei uns die Selbstzerfleischung und die Vernichtung der Volkskraft weitergeht, so lange kann dieses Vertrauen zu Deutschland im Ausland nicht aufkommen. Man erwartet dort, was die politischen Entscheidungen der nächsten Zeit bringen. Sie sind entscheidend auch dafür, ob wir in die Zusammenarbeit mit der Weltwirtschaft wieder hineinkommen, und ob wir aus der Misere herauskommen, deren Schlimmstes die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind.

Man hört das Schlagswort, wir müssen uns wieder „großhungern“. Der das spricht, meint dabei immer den anderen. (Große Heiterkeit.)

Großhungern kann man sich nicht. Wenn wir alle barfuß gehen wollten und in Papphemden wie in der seligen Kriegszeit herumlaufen, dann könnten wir auch noch die letzten unserer Fabriken schließen. Wer soll aber dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Und wenn das Volk nur Kartoffeln und Salz haben sollte, wie sollte es das erlangen? Nur von einem gesunden Binnenmarkt aus können wir leistungsfähig zum Weltmarkt kommen. Drückt man aber die Löhne immer weiter, um zu exportieren, so zerstört man den Binnenmarkt und außerdem errichtet das Ausland gegen solche Unterbietung Dämme. Das Ausland hat auch Arbeitslose und wartet nicht, bis wir es mit billigen Waren überschwemmen.

Sobald die innerpolitischen Entscheidungen getroffen sind und die außenpolitische Klärung eingetreten ist, müssen wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angehen. Nach meiner

der Bauarbeiter empfiehlt Bernhard vor allem drei Gebiete: Kleinwohnungsbau, Altwohnungsreparatur und Straßenbau. Man sagt, in den Wohnungsbau sei soviel Geld hineingesteckt worden. Kein Wort davon ist wahr. Sedenfalls haben die Bauarbeiter nicht zuviel abbekommen. Die Bauarbeiterlöhne sind an den teuren Mieten bestimmt nicht schuld. Die Bauarbeiter fragen sich, wie tief man denn ihren Lohn eigentlich noch senken wolle, wo bereits zwei Drittel noch lange nicht eine Mark Stundenlohn erhalten, wenn sie Arbeit haben, und das alles trotz Wanderarbeit, Saisonarbeit, doppeltem Haushalt usw. Soll denn das alles unberücksichtigt bleiben? Das Reichsarbeitsministerium treibt aber gegenüber den Bauarbeitern zu neuem Lohnabbau. Mit Lohnabbau, Herr Reichsarbeitsminister, werden sie die Wirtschaft bestimmt nicht ankurbeln. Wir Bauarbeiter stehen im Lohn bei 1925 und nicht bei 1927.

Herr Dr. Stegerwald, Sie müssen endlich auch wieder einmal den Gewerkschafter in sich erkennen. (Starker Beifall.) Die Grenzen des Möglichen sind überschritten.

Der Baukapitalismus lastet auf den Mieten, nicht aber der Lohnpfennig. Zu allem Überflus macht man nun den Bauarbeitern auch noch mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst das Leben schwer. Dieser Dienst stört bereits empfindlich den freien Markt. Mit ihm schafft man nur neue Arbeitslose, vor allem unter den Bauarbeitern. Der Abbau der Steuer in einem Zeitpunkt, wo man jeden Pfennig hält, ist unbegreiflich. Die Regierung läßt sich sehr von politischen Erwägungen leiten. Sie will der partei nicht wehertun. Was sich heute an den Peripheriestädte tut, sieht ganz danach aus, als ob da Sigitel nach dem Muster der Balkanstädte entstehen sollte. Teufel ziehen hindurch, die Laubengärten und in wohnungen, und drohen auf dem flachen Land nungselend sozial und hygienisch noch schlimmer als Stadt. Das Reichsmietengesetz hebt auf. Niemand zwingt den Hausbesitz, daß die ihm zur stellen Mittel für die notwendigen Reparaturen finden. Und sie sind wirklich notwendig, diese Reparaturen im Innern der Althäuser sieht es noch schlimmer ihren Fassaden. Der Straßenbau ist ebenfalls all Lurus. Jeder Straßenverfall schafft Verkehrsstörungen glücksfälle. Heute sind ganze Straßenzüge bereits Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsnotwendigkeit Baumarkt also in Halle und Gunde. Wie lange warten, um hier Abhilfe zu schaffen? (Starker Beifall.)

Der vom Metallarbeiterverband, besonderem Nachdruck, daß die Regierung endlich a nation herausgebe und zu einer klaren Konjunktur

Rund um den Erdball

Hauseinsturz in Amerika

40 Personen vermisst

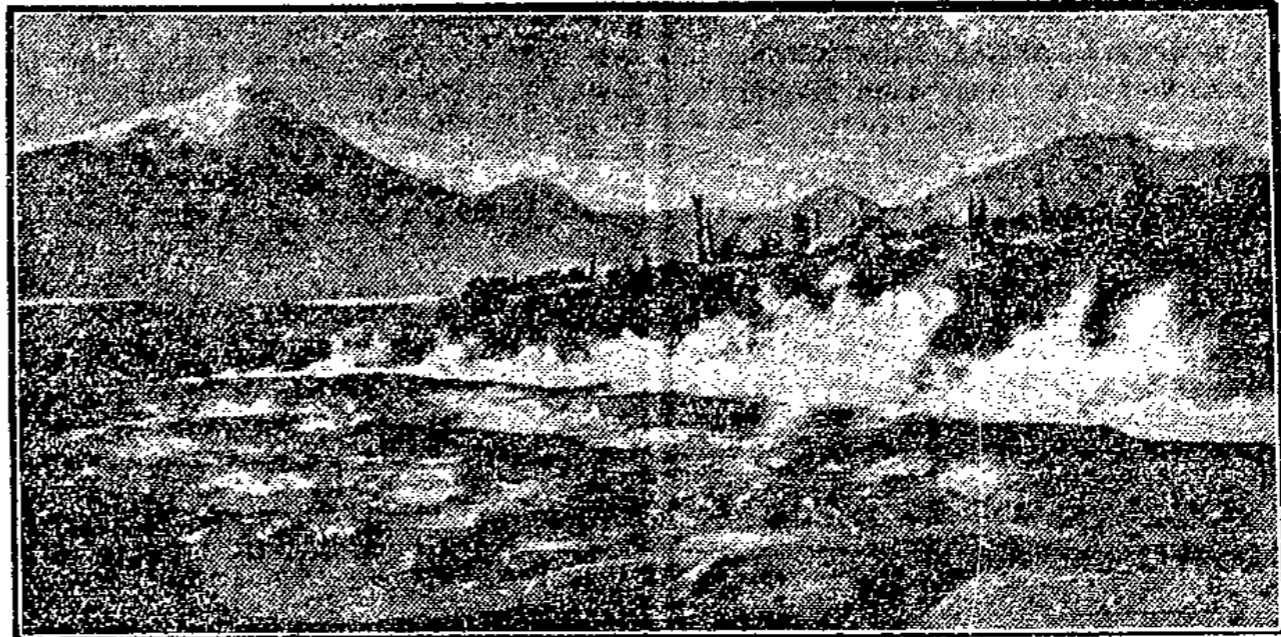
New York, 15. April (Radio)

In Columbus (Ohio) stürzte der Neubau eines staatlichen Bürohauses ein. Vorläufig werden 40 Personen vermisst, die wahrscheinlich ein Opfer der Katastrophe geworden sind. Das Unglück ist auf eine Explosion zurückzuführen, die vermutlich durch eine Entzündung der im Erdgeschoss angesammelten Abwasserrohre entstanden ist. Die Explosion hatte eine derartige Kraft, daß große Marmorblöcke 200 und 300 Meter weit fortgeschleudert wurden.

Eine Million Franken zu verdienen

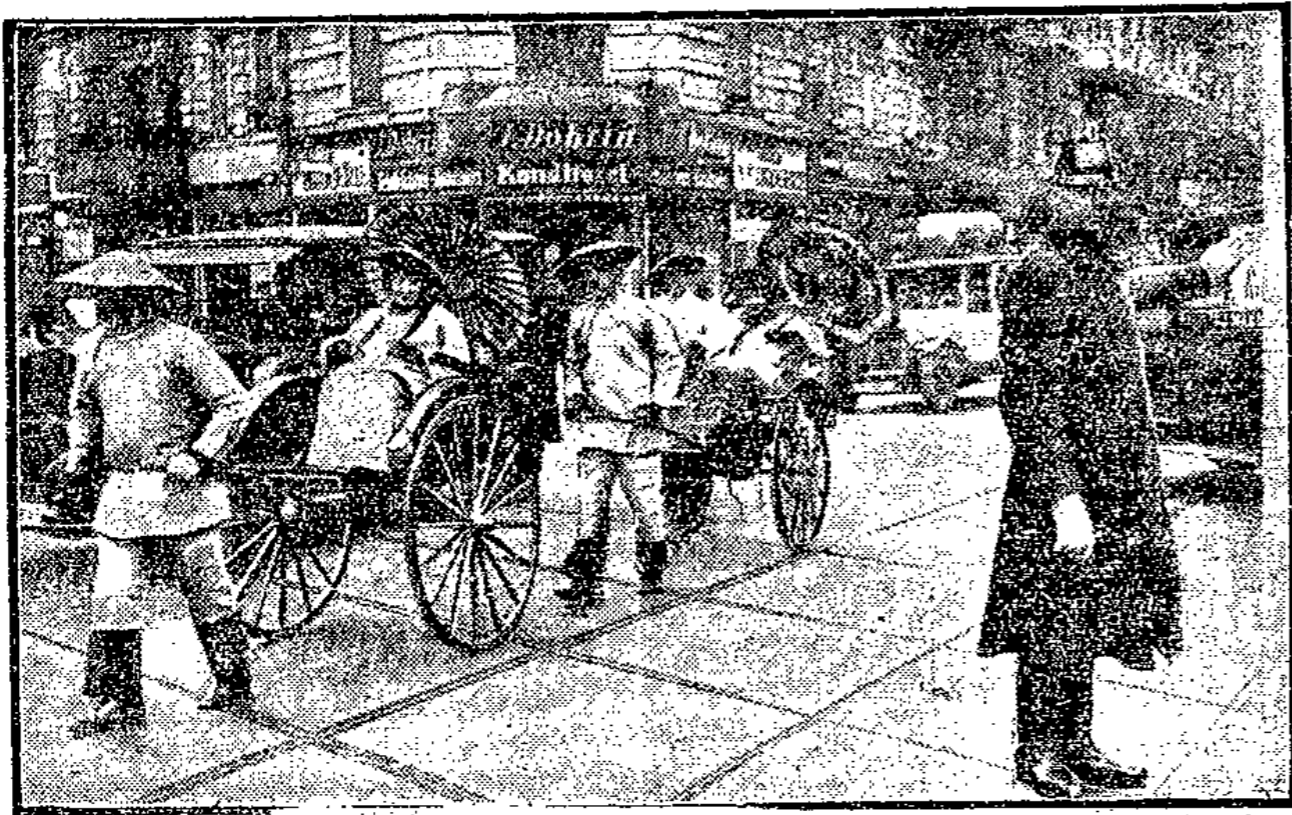
Paris, 15. April (Radio)

Ein von Citroen konstruierter 6-Zylinder-Serienwagen hat auf der Rennbahn Montlhery bei Paris einen neuen Dauerweltrekord aufgestellt, indem er 100 000 Kilometer in ununterbrochener Fahrt mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 104 Kilometer zurücklegte. Citroen hat eine Prämie von einer Million dem französischen oder ausländischen Automobilkonstrukteur angeboten, der diesen Rekord vor dem 1. Oktober schlagen würde.



Und es wacket und siedet und brauset und zischt . . .

So sieht es im Krater des Großen Deschazadeo-Vulkans in den chilenischen Anden aus, wenn der Riese in Tätigkeit ist. Der Ausbruch dieses sowie vieler anderer Vulkane, die man für längst erloschen hielt, hat bekanntlich viele tausend Menschen in unmittelbare Lebensgefahr gebracht.



Ein neues Verkehrsmittel in Berlin?

In den letzten Tagen konnte man im Straßensbild Berlins zahlreiche Kilichas sehen, die für Ostasien typischen Wagen zur Beförderung von Personen durch Kulis. Diese Kilichas sind aber kein neues Verkehrsmittel, sondern sollen nur für einen in Ostasien spielenden Film Reklame machen.

Vulkanausbruch am Kaspiischen Meer

Auf der Insel Swinoj am Kaspiischen Meer, 30 Meilen südlich von Baku, brach plötzlich ein Vulkan aus. Fünf Inselbewohner fanden in der glühenden Lava den Tod. Ein in der Nähe befindlicher Dampfer konnte 18 Inselbewohner retten, die mit schweren Brandwunden nach Baku gebracht wurden.



Die berühmte St. Pauls-Kathedrale in Gefahr

Die St. Pauls-Kathedrale in London — neben der Westminster-Abtei die berühmteste Kirche Londons — ist von Einsturzgefahr bedroht, da das Grundwasser durch Bauten in der Nachbarschaft stark abgelenkt worden ist. Die Kathedrale ist 1675 bis 1710 erbaut worden und birgt in ihrer Krypta die Gebeine Nelsons und Wellingtons.

Notenhändler

In Hannover wurden zwei Ausländer, anscheinend Italiener verhaftet, die beim Vertrieb falscher Fünfpfundnoten überrrascht worden waren. Die Festgenommenen, zweifellos Agenten einer großen internationalen Geldfälscherbande, verweigern jede Aussage. Bei der Durchsuchung ihrer Schlupfwinkel wurden mehrere Pakete mit insgesamt 200 gefälschten englischen Fünfpfundnoten entdeckt. Die Kriminaldirektionen von Wien, Budapest, Paris und Marseille beteiligen sich an der Identifizierung der Verhafteten.

Wutausbruch

In Köln drangen sieben Angehörige der NSDAP in ein Café am Neumarkt ein, schlugen verschiedene Gegenstände entzwei und entwendeten eine Tischdecke und eine elektrische Birne. Die Raubbeute wurden festgenommen.

Van Goghs auf Kaffeedecken

Die Beweisaufnahme im Berliner Bilderverfälschungsprozess ist geschlossen. Sie brachte keine absolut schlüssigen Argumente dafür, daß der junge Kunsthändler Wacker wußte, daß die von ihm in den Handel gebrachten 30 van Gogh-Bilder zu einem Teil — wenn nicht restlos — gefälscht zu sein scheinen. Eine Verurteilung müßte also auf Grund von Indizien erfolgen. Die Plädoyers folgten am Sonnabend.

Am Donnerstag wurden die Sachverständigen-Gutachten fortgesetzt. Der Maler Rubemann, Gemälde restaurator bei den Staatlichen Museen, erklärte, daß die Methodik der Gemäldeprüfung zwischen dem Auftauchen der Wacker'schen Bilder und diesem Prozeß Fortschritte gemacht hätte. Bei der Mehrzahl der Bilder handle es sich zweifellos um Fälschungen, wenn auch erkennbar sei, daß der Pseudo-van Gogh im Laufe der Zeit technisch zugelehrt habe. Indessen habe der Fälscher anderes Malmaterial verwandt als van Gogh; z. B. sei Harz als Farbbindemittel gebraucht worden. Einwand anderer Sachverständiger: auch van Gogh habe gelegentlich mit Harzfarben gemalt. Der Kunsthändler Stoperan gab an, daß er von den beanstandeten Bildern 15 untersucht habe, die er sämtlich für Fälschungen halte; van Gogh habe auf typisch französischer Leinwand gemalt, während die gefälschten Bilder auf größerer Leinwand geschaffen worden seien. Einwand der Verteidigung: es sei bekannt, daß van Gogh auch auf Kaffeedecken oder Handtücher gemalt habe, wenn er gerade kein anderes Material zur Verfügung hatte; außerdem sei das Material bei Gemälden nicht mehr erkennbar, wenn sie später retoiiliert (mit neuer Leinwand unterzogen) worden seien. Der Sachverständige Geheimrat Teuber von den Vereinigten Staatlichen Kunsthochschulen berichtete, daß er bei einer Reihe ihm vorgelegter Bilder den Farbstoff untersucht habe; in einigen Fällen handle es sich auf Grund der Untersuchungsergebnisse um neue (also vermutlich gefälschte) Bilder; bei anderen um ältere (also vermutlich echte oder vor längerer Zeit gefälschte) Gemälde. Der nächste Sachverständige, Professor Brittnier, erklärte, daß die Farben auf den inkriminierten Bildern oft „gebröckelt“ seien, mußte aber auf Befragen einräumen, daß auch bei zweifelhaftem echten van Gogh-Bildern solche Abbröckelungen vorkommen.

Heimkehr nach 17 Jahren

In Neustift (Stubai Alpen, Tirol) ist dieser Tage der seit dem Jahre 1915 als vermisst geltende und mit Namen am örtlichen Kriegerdenkmal feierlich eingemeißelte frühere österreichische Soldat Joseph Hofer unerwartet aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Hofer hat in der Gefangenschaft geheiratet; seine Frau und vier Kinder bringt er nach Neustift mit.

Etwas für die Wasserfreunde:

ein acht Meter langes Rennkiff, das nur 22 Pfund wiegt. Dieses außerordentlich niedrige Gewicht hat man dadurch erreicht, daß man beim Bau nicht einen einzigen Nagel verwendet hat. Das Boot ist aus mehreren Schichten leichten Holzes geleimt und mit einer Cellonhaut von großer Festigkeit überzogen. Die Ausleger sind aus Duraluminium hergestellt.



Es gibt kein „loses“ Persil!

Persil ~~edda~~ nur in Originalpackung!

Vulkanausbrüche in alter und neuer Zeit Katastrophen, gegen die der Mensch machtlos ist

Von Carl Cramon

In Südamerika traten sämtliche Vulkane der Corbillieren, auch die längst erloschenen, auf einer Strecke von über 700 Kilometern Ausdehnung in Tätigkeit. Die südliche Hälfte Südamerikas, vor allem Chile und Argentinien, sind bedroht.

Solche schauerlichen Katastrophen sind in vulkanreichen Gegenden immer zu erwarten. Die meisten feuerflehenden Berge treten regelmäßig von Zeit zu Zeit in Tätigkeit und richten dann immer gewaltige Verheerungen an.

Vor drei Jahren, im Dezember 1929, erlebte die Bevölkerung Westjavas ähnliche schwere Tage. Der Ausbruch des berühmtesten Vulkans

Krakatau

in der Sundastraße verbreitete Unheil und Entsetzen. In kurzen vierundzwanzig Stunden wurden etwa 1000 Explosionen gezählt. Auch in der Meerestiefe gingen unheimliche Dinge vor sich. Rötlichgelbe Rutilen trieben auf der Wasseroberfläche, Inseln tauchten auf und verschwanden. Einige tausend Menschen kamen um.

Der Vulkan Krakatau war aber auch in früheren Zeiten nicht untätig. So war der Vulkanausbruch vom 27. August 1883 eine Katastrophe, die 50 000 Tote kostete.

Ein 800 000 Quadratkilometer großes Gebiet wurde mit Asche bedeckt. Auch das Meer richtete riesigen Schaden an. Nicht weniger als 165 Dörfer wurden von der Sturmflut vernichtet. Ein großer Teil der Insel Krakatau flog in die Luft.

Eine furchtbare Naturkatastrophe suchte zu Beginn dieses Jahres Guatemala heim.

Aschenregen bis San Salvador

Die beiden großen Vulkane Guatemalas, Fuego und Acatenago, traten mit wilder Gewalt in Tätigkeit. Die entseffelten Lavaströme zerstörten zahlreiche Ortschaften, darunter die Städte Santa Lucia und Antigua. Die den Kratern entströmende Asche wurde vom Winde mehrere hundert Kilometer weit getrieben. Der Aschenregen bedeckte die ganze Gegend und war noch in der 200 Kilometer entfernten Stadt San Salvador so stark, daß sich die Aschenmassen fußhoch auf den Straßen lagerten. Die Katastrophe kostete mehrere hundert Tote und Verletzte.

Auch in Europa, ganz besonders in Italien, gibt es Vulkane, die noch immer in Tätigkeit sind. Die berühmtesten sind der Vesuv und der Aetna. Der Vesuv verursachte zu Beginn unserer Zeitrechnung

die Vernichtung von Herculaneum.

Am 24. August des Jahres 79 wurde durch den furchtbaren Ausbruch des Vesuvus Herculaneum mit den nahe gelegenen Städten Pompeji und Stabä vollständig verschüttet. Nach dem Vulkanausbruch lagen alle drei Städte unter einer meterhohen Lava. Ein großer Teil der Bevölkerung war gerade im Zirkus gewesen, als die Eruption erfolgte. Die dort Anwesenden starben alle einen furchterlichen Tod.

Zu den heftigsten der weiteren Ausbrüche dieses feuerspeienden Berges gehören die aus den Jahren 203, 472, 512, 685, 982, 1036 und 1139; hierauf folgte eine lange Pause bis 1631.

300 Tote

Im April 1872 ereignete sich wieder eine besonders große Katastrophe. Bereits Monate hindurch war starker Lavaausbruch aus einer nordöstlichen Spalte im Aschentegel erfolgt, am 24. April ergoß sich plötzlich ein hellleuchtender Lavastrom von der Südseite des Kegels hinab; am 25. drängten starke Rauchwolken aus dem Krater; am 26. morgens brach plötzlich der Keil in seiner ganzen Länge von der Spitze bis zum Urtro mit weitläufiger Spalte auf. Eine ungeheure Lavamasse quoll hervor. Zu gleicher Zeit schleuderten die beiden Gipfelkrater unter heftigen Detonationen zahllose glühende Massen bis zur Höhe von 1300 Metern empor. Über 300 Zuschauer kamen ums Leben. Die verhältnismäßig kleine Anzahl der Opfer erklärt sich aus dem Umstand, daß in der Nähe des Vesuvus nicht einmal Siedlungen vorhanden sind.

Auch der Aetna ist kein harmloser Berg. Schon vor Beginn unserer Zeitrechnung war er in Tätigkeit. Ueber die Katastrophen in der ersten Hälfte des Mittelalters sind wir nur mangelhaft unterrichtet. Erst seit dem 12. Jahrhundert haben wir wieder genauere Berichte. Einer der gewaltigsten Ausbrüche war der vom 4. Februar 1169, an welchem Tage zugleich ein Erdbeben Sizilien und Calabrien erschütterte; weitere namhafte Ausbrüche fanden in den Jahren 1329, 1536 und 1537 statt.

Die bedeutendste der Eruptionen erfolgte im Jahre 1669. Der Vulkan blieb damals

dreieinhalb Monate in Tätigkeit.

Nach vorausgegangenen Erdschütterungen bildete sich am 11. März ein Spalt mit mehreren Schlingen. Oberhalb Nicolosi entstand ein riesiger Spalt, an dessen unterem Ende durch Aufschüttung von Schlacke und Asche die beiden Monti Rossi entstanden. Die herausströmenden Lavamassen wälzten sich in einer Breite von 4300 Metern über das Land; ein Arm richtete sich gegen Catania, drückte die Stadtmauer ein und floß durch den westlichen Stadtteil ins Meer. Ein Teil des Hafens wurde ausgefüllt, die Rüste weit vorgeschoben. Erst im Juli, nach dreieinhalbmonatlicher Tätigkeit, erlosch der Vulkan. Ein Lavastrom von 15 Meter Stärke, 50 Quadratkilometer bedeckend und von einer Ausdehnung von 980 Millionen Kubikmeter war zurückgeblieben. Nicht weniger als zwölf Städte und Dörfer waren ganz oder teilweise durch die Lava, sechs andere durch die Erdbeben zerstört worden. Etwa 3000 Menschen fanden bei der Katastrophe den Tod.

Die größte Katastrophe, die der Ausbruch des Aetna verursachte, ereignete sich im Jahre 1906.

90 000 Tote

Die Lava ergoß sich wiederum von oberhalb von Nicolosi, aus einer Höhe von 2100 Fuß über dem Meeresspiegel. Die herausströmenden Lavamassen teilten sich in mehrere Arme und kamen wieder bis nach Catania. Sie zerstörten vierzig Ortschaften, 90 000 Menschenleben waren zu beklagen. Der Ausbruch dauerte volle neun Monate.

Hilfer unter Druck gewählt

X. Eutin, 14. April

Auf einem Dorfe kann man an Hand der abgegebenen Stimmen bei einer Wahl sehr leicht feststellen, für wen der eine oder andere gestimmt hat. Man kennt sich ja gegenseitig und des anderen politische Meinung. In Gr. waren für Hindenburg bei der ersten Wahl 25 Stimmen abgegeben worden. Darob großes Geschrei bei den Bauern. Es wurde gerechnet und hin und her gedeutet, bis ein Landmann entdeckte, daß mindestens seine fünf Landarbeiter auch Hindenburg gewählt hatten. Am Tage nach der Wahl ging er schnurstracks auf die Sache los und gab seinen Landarbeitern zu verstehen, daß er sie entlassen müsse, wenn sie

Kronsförde

Werbe-Abend

der jungen Generation für Sozialdemokratie und Reichsbanner

am Sonnabend, 16. April abends 8 Uhr, bei König in Kronsförde

Ansprache — Buntes Allerlei — Konzert — Tanz

Eintritt frei!

A-Gruppe der SPD. Jungbanner Moising

Wie wird das Wetter am Sonnabend?



St. u. e. regnerisch

Schwache bis mäßige meist östliche Winde, wolfig bis heiter, vorübergehend trocken, ziemlich kühl.

Die Regenfront auf der Vorderseite des Tiefausläufers über Nordfrankreich hat Deutschland heute abend noch nicht erreicht. Während das Tief bei Island sich aufw. lt. sch. im der Ausläufer sich noch zu entwickeln und dem Mittelmeer tief anzugliedern. Norddeutschland gelangt so auf die Südseite des von Skandinavien küdwärts vorgetriebenen Hochdruckteiles.

nach einmal Hindenburg wählen würden. Am Tage vor der zweiten Wahl meinte er, wenn sie wieder Hindenburg wählen würden, müßten sie drei Tage in der Woche arbeiten, mehr hätte er dann nicht für sie. Das Wahlergebnis fiel auch so aus. Hitler erhielt am 10. April 5 Stimmen mehr und Hindenburg hatte 5 weniger. Die Wahlbeteiligung war dieselbe geblieben. Das Bäuerle war am anderen Tage zufrieden.

Zum Raubüberfall in Grömitz

Riel, 13. April

Bei einem in Bad Grömitz abgehaltenen Lokaltermin wurde mit dem in Harburg verhafteten Heizer Fritz Kesting ein gewisser aus Riel gebürtiger K., der der Mittäterschaft dringend verdächtig ist, allen den Personen gegenübergestellt, die als Zeugen des Raubanschlags auf den Postmeister Braker in Frage kommen. Es dürfte mit ziemlicher Sicherheit feststehen, daß Kesting als Haupttäter zu betrachten ist, und daß er den gegenwärtig noch in Lebensgefahr schwebenden Postmeister auf brutalste Weise niedergeschlagen hat. Die Ermittlungen der Rieker Kriminalpolizei in Bad Grömitz sind noch nicht abgeschlossen. Sie haben ergeben, daß Kesting eine Anzahl Mitwisser und Helfershelfer gehabt haben muß. Es hat den Anschein, daß hinter dem Anschlag eine ganze Bande steckt, die den Raubüberfall in allen Einzelheiten sorgfältig und planmäßig vorbereitet hat. Auf jeden Fall müssen bei der Durchführung der Tat vier Personen beteiligt gewesen sein. Man vermutet, daß noch weitere Personen, die in der näheren Umgebung von Grömitz wohnen und mit den Grömitzer Verhältnissen auf das genaueste bekannt sind, als Komplizen in Betracht kommen. Auf jeden Fall haben die bisherigen Ermittlungen ergeben, daß die Verbrecher, die im Grömitzer Postamt anscheinend auf hohe Geldsummen rechneten, den Raubüberfall nach einem systematisch vorbereiteten Plan ausgeführt haben.

Nazis werfen im Kieler Gewerkschaftshaus die Scheiben ein

Riel, 14. April

Eine nationalsozialistische Versammlung in der Nordostfischhalle mußte am Mittwoch von der Polizei wegen schwerer Beschimpfungen der preussischen Regierung und Verwaltung aufgelöst werden. Die erregten SS- und SA-Mannschaften durchzogen lärmend die Stadt und verfolgten einzelgehende Republikaner. Mehrere Reichsbannerleute wurden verletzt. Ein Nationalsozialist, zertrümmerte durch Steinwürfe die Fenster des Gewerkschaftshauses. Die Polizei, die mit starkem Lieberfallkommando zur Stelle war, rief die Nazis auf und nahm etwa 150 Verhaftungen vor.



ALLES AUS EINER FABRIK
ALLES EINE QUALITÄT:
SALAMANDER-QUALITÄT!

9⁷⁵ 12⁵⁰



SALAMANDER

Lübeck

Breite Straße 47

Tel. 27069

